

BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT IV.2025.49 vom 27. März 2025

Bs Sozialversicherungsgericht, 2025-03-27, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bs_sozialversicherungsgericht_IV.2025.49

FR: BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT IV.2025.49 du 27 mars 2025

IT: BS_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT IV.2025.49 del 27 marzo 2025

Volltext

Sozialversicherungsgericht

des Kantons Basel-Stadt

URTEIL

vom 15. Oktober 2025

Mitwirkende

lic. iur. R. Schnyder (Vorsitz), P. Waegeli, Dr. med. W. Rühl

und Gerichtsschreiber Dr. R. Schibli

Parteien

A_____

[...]

vertreten durch lic. iur. Nicolai Fullin, Advokatur indemniss, Spalenberg 20, Postfach 1460, 4001 Basel

Beschwerdeführerin

IV-Stelle Basel-Stadt

Rechtsdienst, Aeschengraben 9, Postfach, 4002 Basel

Beschwerdegegnerin

B_____

[...]

Beigeladene

Gegenstand

IV.2025.49

Verfügung vom 27. März 2025

Konkrete Indizien gegen die Schlüssigkeit des neurologischen Gutachtens; Rückweisung zur Abklärung von möglicher Korrelation von positiven Borrelia-Werten mit der MS-Erkrankung sowie einer möglichen bestehenden Fatigue

Die Beschwerdegegnerin bezahlt der Beschwerdeführerin eine Parteientschädigung von Fr. 3'750.00 (inkl. Auslagen) zuzüglich Mehrwertsteuer von Fr. 303.75.

Die Präsidentin

Der Gerichtsschreiber

lic. iur. R. Schnyder

Dr. R. Schibli

Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen nach der Eröffnung der vollständigen Ausfertigung beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht werden (Art. 100 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht [Bundesgerichtsgesetz, BGG]). Die Beschwerdefrist kann nicht erstreckt werden (Art. 47 Abs. 1 BGG). Die Beschwerdegründe sind in Art. 95 ff. BGG geregelt.

Die Beschwerdeschrift ist dem Bundesgericht, Schweizerhofquai 6, 6004 Luzern, in dreifacher Ausfertigung zuzustellen. Die Beschwerdeschrift hat den Anforderungen gemäss Art. 42 BGG zu genügen; zu beachten ist dabei insbesondere:

- a) Die Beschwerdeschrift ist in einer Amtssprache abzufassen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift zu enthalten;
- b) in der Begründung ist in gedrängter Form darzulegen, inwiefern der angefochtene Entscheid Recht verletzt;
- c) die Urkunden, auf die sich die Partei als Beweismittel beruft, sind beizulegen, soweit die Partei sie in Händen hat, ebenso der angefochtene Entscheid.

Geht an:

Versandt am:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.